

Statistische Woche in Rostock

vom 19. bis 22. September 2017

Zwei Monate vor der traditionell von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) gemeinsam veranstalteten Tagung steht das Fachprogramm nun fest.



Trotz der terminlichen Nähe zur Bundestagswahl ist es dem VDSt gelungen, mit zwei eigenen Sitzungen sowie einer gemeinsamen Sitzung mit der DStatG wichtige programatische Schwerpunkte zu setzen.

Die erste Sitzung des VDSt am **Dienstag, 19.09. (16.30 bis 18 Uhr)** widmet sich dem Thema „**Wie wohnt wer? Beobachtung der Wohnsituation in verschiedenen Umfrageformaten für Planung und Stadtentwicklung**“. Moderiert von Hermann Breuer wird der für die Wanderungs- und Mobilitätsforschung zentralen Faktor der Wohnung und ihrer Bewohnerschaft in den Fokus genommen. Die Analysen beruhen auf den empirischen Daten dreier Umfrageformate bzw. -konzepte: Dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) durch Jan Göbel vom DIW, der EU-SILC-Befragung in Verbindung mit Mikrozensusdaten durch Matthias Waltersbacher vom BBSR sowie einer kommunalen Bürgerumfrage („Leben in Köln“) durch Mirjam Schmid vom Amt für

Stadtentwicklung und Statistik. Letztere bietet einen aktuellen Einblick in die Wohn- und sozioökonomischen Lebenswelten der Bürgerschaft und ihrer Verortung.

Am **Mittwoch, 20.09. (9 bis 10.40 Uhr)** wird in der gemeinsamen Sitzung mit dem Regionalstatistischen Ausschuss der DStatG das Rahmenthema „**Räumliche Mobilität**“ aufgegriffen. Nach einem Vortrag von Martha Pohl zur Reurbanisierung in den Mittelzentren Nordwestdeutschlands beschäftigt sich unser Verbandskollege Jürgen Götdecke-Stellmann vom BBSR mit den Metropolregionen als Quelle und Ziel von Binnenwanderungen. Frank Osterhage vom ILS berichtet über ländliche Räume, die sich dem „Sog der Reurbanisierung“ ausgesetzt sehen. Tim Leibert beleuchtet beide Richtungen der wohlbekannten Wanderungsmuster („Rein in der Stadt oder raus aufs Land?“) und stellt dar, inwieweit sich hierbei aktuelle Wanderungsmuster in Leipzig verändert haben. Die Moderation werden Hartmut Bömermann und Hermann Breuer gemeinsam übernehmen.

Die zweite VDSt-Sitzung „**Zuwanderung in die Städte – Aktuelle Tendenzen aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet**“ wird am **Mittwoch, 20.09. (14.10 bis 15.50 Uhr)** von Jürgen Götdecke-Stellmann moderiert. Der Beitrag von Antonia Milbert befasst sich mit den Binnenwanderungsmustern der Berufseinstiegs- und Familienwanderer auf Kreisebene seit 1991. Teresa Lauerbach analysiert auf Basis der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB) die Wanderungsströme zwischen und innerhalb deutschen (Groß-)Städten. Ingo Heidbrink von der

Düsseldorfer Statistik befasst sich mit der internationalen Zuwanderung nach Düsseldorf und stellt Migrationsmuster und Entwicklung im Zeitraum 2000 bis 2016 dar. Er analysiert die durch Zuwanderung hervorgerufenen Veränderungen der Bevölkerungsstruktur Düsseldorfs und vergleicht die Migrationsmuster mit denen anderer deutscher Großstädte.

Auch die DStatG und die DGD haben viele interessante Vorträge im Programm, die für Kommunalstatistiker interessant sind, so dass sich der Besuch der schönen Hansestadt Rostock auch kurz vor der Bundestagswahl auf jeden Fall lohnt. Eine rasche Entscheidung spart Geld, der Frühbucherrabatt gilt noch bis zum 31. Juli.

Das gesamte Tagungsprogramm kann hier heruntergeladen werden:

http://www.statistische-woche.de/fileadmin/Rostock/Guide_Rostock.pdf

Die Tagungsanmeldung erfolgt unter:

www.statistische-woche.de

Hermann Breuer

Tagungsbeauftragter des VDSt

Bericht von der Sitzung der Zensus-AG Sonderbereiche am 23. und 24. März 2017 in Wiesbaden

Abgrenzung von Sonderbereichen

Bund und Länder sind sich einig, dass im Rahmen der Sonderbereichserhebung im Zensus 2021 nur zwischen Wohnheimen (eigene Haushaltsführung) und Gemeinschaftsunterkünften (keine eigene Haushaltsführung) unterschieden werden soll. In

Wohnheimen soll eine persönliche Befragung, in Gemeinschaftsunterkünften eine Befragung über die Einrichtungsleitung stattfinden. Die Einrichtungsleitung soll verpflichtet werden, den Erfassungsbogen online auszufüllen und zu übermitteln, ein Interviewer- und Tableteinsatz ist nicht geplant. Damit kann eine Unterscheidung in sensibel und nicht-sensibel wie beim Zensus 2011 entfallen.

Für die Kommunen bietet insbesondere die ausschließlich elektronische Verarbeitung der Erfassungsbögen den Vorteil eines geringeren Aufwands bei der Koordinierung von Erhebungsbeauftragten.

Ein Vorschlag seitens der Bundesländer zur weiteren Vereinfachung der Erhebung wird noch geprüft: Die Existenzfeststellung in allen Sonderbereichen (sowohl in Gemeinschaftsunterkünften als auch in Wohnheimen) soll über die Einrichtungsleitung erfolgen. Aktuell prüfen die Länder, ob die Einrichtungsleitungen/Verwaltungen von Wohnheimen (insbesondere Studentenwohnheime) die notwendigen Informationen für die Existenzfeststellung liefern können.

Folgende weitere Beschlüsse zur Abgrenzung von Sonderbereichen wurden von der AG Sonderbereiche gefasst:

- Internate werden als Gemeinschaftsunterkünfte gekennzeichnet.
- Bei Flüchtlingsunterkünften werden ausschließlich Gemeinschaftsunterkünfte und Aufnahmeeinrichtungen für Asyl- und Schutzsuchende als Sonderbereiche erhoben. Aus kommunaler Sicht ist dadurch eine Unterscheidung zwischen Aufnahmeeinrichtungen (Gemeinschaftsunterkünften) und der dezentralen Unterbringung an „normalen“ Wohnanschriften vonnöten.

Umgang mit Mischanschriften

Alle Anschriften, die mindestens einen Sonderbereich enthalten, sollen zu Sonderanschriften klassifiziert werden. Auf die Festlegung von Schwellenwerten (z.B. Anschriften werden erst dann zur Sonderanschrift, wenn sich 50% oder mehr Wohnungen mit Sonderbereichen an dieser Anschrift befinden) wird verzichtet.

Sonstiges

Es besteht die Überlegung, die Sonderbereichsart im ZensG 2021 als Erhebungsmerkmal aufzunehmen, damit hierzu im Gegensatz zum Zensus 2011 Auswertungen möglich sind. Die Machbarkeit wird noch geprüft.

Die nächste Sitzung der AG Sonderbereiche findet nach Bedarf, voraussichtlich im September, statt.

*Christian Stein
Vertreter des DST
in der Zensus-AG Sonderbereiche*

Bericht von der Zensus-AG Gebäude- und Wohnungszählung am 04. und 05.07.2017 in Wiesbaden

Die zweitägige Arbeitssitzung zur Gebäude- und Wohnungszählung stand ganz im Zeichen der Erhebungsvorbereitung. Seit der letzten Sitzung wurden die Themenbereiche Vorbefragung, Namensabgleich der Eigentümer mit dem Melderegister und die Recherche von Großeigentümern weiter konkretisiert und in das Fachkonzept eingearbeitet.

Mit Hilfe des Namensabgleiches der Eigentümer/Auskunftspflichtigen aus dem Eigentümerdatenbestand mit den Melderegisterdaten soll die Qualität der Zustellanschriften

der als auskunftspflichtig benannten natürlichen Personen verbessert werden. Hierzu wird ein mehrstufiges Verfahren vorgeschlagen. Die verschiedenen Stufen berücksichtigen hierarchisch nacheinander, ob ein Auskunftspflichtiger an der Objektanschrift, an der von der Datenquelle der Eigentümerdaten benannten Zustelladresse gemeldet ist, ob die übermittelte Zustelladresse eine frühere Meldeanschrift ist oder ob der Auskunftspflichtige an einer anderen Adresse in Deutschland (weder Zustell- noch Objektadresse) gemeldet ist.

Verabschiedet werden konnte auch die Datensatzbeschreibung für die Eigentümerermittlung bei Grundsteuerstellen, Ver- bzw. Entsorgern.

Bezüglich der für den nächsten Zensus verfolgten „online-first“-Strategie, bei der darauf abgestellt wird, dass die elektronische (online-)Datenerhebung als vorrangig anzusehen ist, wird das Bundesamt Beratungsleistungen für Machbarkeitsstudien zu den Themen „Print-on-demand“ sowie „Sprachdialogsysteme“ (zur Anforderung von Papier-Fragebögen durch Auskunftspflichtige) ausschreiben. Die Ergebnisse sollen Anfang 2018 vorliegen. Außerdem werden gegenwärtig beim Statistischen Bundesamt verschiedene qualitative Pretests zur Darstellung und Umsetzung von Fragebögen auf mobilen Endgeräten durchgeführt.

Ein weiterer Beratungsschwerpunkt waren die aktuellen Ergebnisse der Arbeit des Teilprojektes „Großeigentümerrecherche“. So soll der Kontakt zu Großeigentümern (Kontaktaufnahme, Rückmeldungen) auf elektronischem Wege erfolgen. Die weitere Beratung zu diesem Thema widmete sich vor allem der Frage nach geeigneten Quellen für die

Recherche nach „potenziellen“ Großeigentümern. Hier wurden die Möglichkeiten, die das URS-Kernregister (Statistisches Unternehmensregister) hierbei bieten kann bzw. wo dessen Grenzen liegen, diskutiert.

Inwieweit Testdaten von Großeigentümern vorab angefordert werden, wird in das Ermessen der einzelnen Bundesländer gestellt.

In der Beratung wurde durch das Statistische Bundesamt ausgeführt, dass Entscheidungen über den Merkmalsumfang zur GWZ 2021 nicht Gegenstand der AG GWZ sind, sondern diese vielmehr auf politischer Ebene getroffen werden. Hieraus ergibt sich, dass die kommunale Ebene ihre Interessenlage bzgl. möglicher Erhebungsmerkmale auch in diesem Rahmen deutlich macht.

Die AG tagt zum nächsten Mal am 24./25.10.2017 in Wiesbaden.

*Dr. Reiner Hausding
Silke Joebges
Vertreter des DST
in der Zensus-AG GWZ*

Zensus-Kalender	
Termin	
ab 07/2017	Testdatenübermittlung aus den Melderegistern
24./25.07.2017	Sitzung der Zensus-AG GWZ
11/2017	Lieferung GA (Stand 31.12.2016)
11/2017	Lieferung MR (Stand 12.11.2017)
vorr. 02/2018	Lieferung ALKIS (Stand 02/2018)
vorr. 11/2018	Lieferung GA (Stand 31.12.2017)
vorr. 02/2019	Lieferung ALKIS (Stand 02/2019)
vorr. 2019	Zensusgesetz 2021
vorr. 11/2019	Lieferung GA (Stand 31.12.2018)
vorr. Ende 2019	Länder-Zensusdurchführungsgesetze
vorr. 02/2020	Lieferung MR (MRV 1, Stand 02/2020)
vorr. 02/2020	Lieferung ALKIS (Stand 02/2020)
vorr. 09/2020	Stichprobenziehung
vorr. 11/2020	Lieferung MR (MRV 2, Stand 11/2020) Lieferung GA (Stand 31.12.2019)
vorr. 02/2021	Lieferung ALKIS (Stand 02/2021)
vorr. 05/2021	Zensusstichtag Lieferung MR (MRZ 1, Stand 05/2021)
vorr. 08/2021	Lieferung MR (MRZ 2, Stand 08/2021)
vorr. 11/2021	Lieferung GA (Stand 31.12.2020)

Wichtige Termine	
Termin	
27./28. 07.2017	Statistik Netzwerk Bayern: Statistik Tage Bamberg/Fürth
04.-08. 09.2017	Europäische Kommission: INSPIRE Konferenz in Kehl und Straßburg
19.-22. 09.2017	DStatG/VDSt: Statistische Woche in Rostock
26.-28. 09.2017	DVW: INTERGEO in Berlin
15./16. 11.2017	KOSIS: Urban Audit Workshop in Mannheim
30.11./ 01.12.2017	VDSt: Jahrestagung der AG Nord- West
07./08. 12.2017	KOSIS: KORIS-Forum in Leipzig
04.-06. 06.2018	KOSIS: Gemeinschaftstagung in Karlsruhe
11.-14. 09.2018	VDSt/DStatG/ÖSG: Statistische Woche in Linz

Impressum

20.07.2017

Verband Deutscher Städtestatistiker – VDSt

Vorsitzender: Michael Haußmann

 Geschäftsstelle: Landeshauptstadt Stuttgart
 Statistisches Amt
 Eberhardstr. 39
 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 / 216-98541

E-Mail: michael.haussmann@stuttgart.de

Internet: www.staedtestatistik.de

Wahl-Kalender		
Termin	Land	Organ(e)
24.09.2017	Alle	Bundestagswahl
14.01.2018	NI	Landtagswahl
06.05.2018	SH	Kommunalwahlen
Herbst 2018	BY	Landtagswahl
Herbst 2018	HE	Landtagswahl
Frühjahr 2019	BR	Landtagswahl
Frühjahr 2019	Alle	Europawahl
Frühjahr 2019	BW	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	BB	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	HH	Bezirksversammlungsw.
Frühjahr 2019	MV	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	RP	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	SL	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	SN	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	ST	Kommunalwahlen
Frühjahr 2019	TH	Kommunalwahlen
Sommer 2019	SN	Landtagswahl
Herbst 2019	BB	Landtagswahl
Herbst 2019	TH	Landtagswahl

STADT  FRANKFURT AM MAIN

**Bürgeramt,
Statistik und
Wahlen**



Für das **Sachgebiet Wirtschaft, Bildung und Soziales** suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/-n

Wissenschaftliche Assistentin/Wissenschaftlichen Assistenten

EGr. 13 TVöD

Zu Ihren Aufgaben gehören: Wissenschaftliche Mitarbeit in den Themenschwerpunkten Wirtschaft, Bildung und Soziales, insbes. Erstellung von wissenschaftlichen Arbeiten; Konzeption und Realisierung von Informationsprojekten auf Basis quantitativer Daten; Mitwirkung bei sachgebietsübergreifenden Informationsprojekten.

Wir erwarten: Abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (z. B. Geographie, Soziologie, Volkswirtschaftslehre oder ähnliche gesellschafts- oder sozialwissenschaftliche Fachrichtung); Erfahrung in konzeptioneller Arbeit und im Verfassen wissenschaftlicher Texte, insbes. der methodisch fundierten Aufbereitung von statistischen Informationen; profunde Kenntnisse in der empirischen Sozialforschung sowie von statistischen Methoden und GIS-gestützten Raumanalysen; vertieftes Interesse an der Auseinandersetzung mit wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Themen; Erfahrung mit der Organisation und Durchführung von Projekten; sehr gutes analytisches Denkvermögen; zielorientierte und konzeptionell fundierte Arbeitsweise; Innovationsfähigkeit und reges Interesse an der selbstständigen Einarbeitung in neue Themenbereiche; Bereitschaft zur ständigen beruflichen Fortbildung; Verantwortungsbereitschaft; ausgeprägte Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit; Verhandlungsgeschick; hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit; interkulturelle Kompetenz.

Hinweise: Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt. Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten sind ausdrücklich erwünscht.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen **Herr Dr. Wolfsteiner** unter der Rufnummer (069) 212-39978 zur Verfügung.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte **bis zum 18.08.2017** unter Angabe der **Kennziffer Z10510/0145** an den:

**Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Personal- und Organisationsamt – 11.62 –
Alte Mainzer Gasse 4, 60311 Frankfurt am Main
oder per E-Mail an pvm.amt11@stadt-frankfurt.de**

Sollten Sie sich für eine E-Mail-Bewerbung entscheiden, fassen Sie bitte nach Möglichkeit die Anhänge in einer PDF-Datei zusammen.